

Bezugsvereis
monatlich 20.
in der Geschäftsstelle 7600.—
in den Ausgabestellen 7800.—
durch Zeitungsbücher 8000.—
am Postamt 8500—
ins Ausland 10000 vol. M. in
deutsche Währung nach Kurs.

Feindpreis:
2273. 3110.

Tel.-Nr.: Tagblatt Posen.
Postcheckkonto für Polen: Nr. 200288 in Posen.
Postcheckkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

Erscheint
an allen Werktagen.

Anzeigenpreis:
f. d. Millimeterzeile im
Anzeigenteil innerhalb
Polens ... 200.— M.
Reklameteil. 600.— M.

für Aufträge Millimeterzeile im Anzeigenteil 200.— p. M.
aus Deutschland Millimeterzeile im Anzeigenteil 200.— p. M.
Reklameteil 600.— p. M.
in deutscher Währung nach Kurs.

Bei höherer Gewalt Ferriehöchstra. Arbeitsniederlassung bei der Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises

Posener Tageblatt

(Posener Warte)

Das heutige Dänemark.

Dänemark hat heute rund 3 300 000 Einwohner, darunter etwa 30 000 Deutsche. Der weit aus überwiegende Teil der Bevölkerung ist evangelischen Glaubens. Nur 1,5 % der Bewohner des Landes gehören anderen Glaubensrichtungen an, unter ihnen sind etwa 10 000 Katholiken.

Die Regierungssform ist konstitutionell-monarchisch. Die Legislative liegt beim Reichstag, der aus zwölf Kammern besteht, dem Volkssting und dem Landesthing. Dem Volkssting gehören 149 Abgeordnete an, der Landesthing besteht aus 76 Mitgliedern.

Sieben politische Parteien sind im dänischen Reichstag vorhanden, und zwar: die Linke, die Sozialdemokratie, die konservative Volkspartei, die radikale Linke, die schleswigsche Partei und die Erwerbspartei, die sich im Jahre 1922 in die Erwerbspartei und die freisinnige Landespartei teilte. Außerdem gibt es im Volkssting ein konservatives Mitglied, das keiner Partei angehört.

Die konservative Volkspartei ist die Partei, deren Ansänge am weitesten zurückliegen. In ihrer jetzigen Form wurde die Partei im Jahre 1915 gegründet. Sie hat ihre Wurzel in den beiden Parteien, die es im ersten dänischen Reichstage nach Erlass des Grundgesetzes im Jahre 1849 gab. Diese Parteien waren „Die konservative Partei“ (wesentlich eine Agrarpartei) und „die nationalliberale Partei“ (die Intelligenz der Städte). Diese beiden Parteien schlossen sich im Jahre 1872 zu einer Partei zusammen, die den Namen „Die Rechte“ erhielt. Dieser Zusammenschluss erfolgte, weil eine dritte Partei, „Die Bauernfreunde“, die ursprünglich ein Käfig der Nationalliberalen war, in dieser Partei ein zu großes Übergewicht erlangt hatte. Daher trennte sich der rechte Flügel von den Nationalliberalen und schloss sich den Konservativen an. Die Rechte bestand bis zum Jahre 1915; dann wurde sie umgetaufen und gab sich den Namen, den sie heute noch trägt: „Die konservative Volkspartei“. Auch hier hatte wie in anderen Staaten die Entwicklung die Rechte gezwungen, sich volksfreundlicher zu geben, so dass man es eines Versuches für wert hielt, mit ihren Ideen einen vollständigeren Konservatismus zu gründen, von welchem man sich für die Zukunft große Erfolge versprach. Allerdings ist die konservative Volkspartei in sich keine homogene Partei mehr. Sie hat als Anhänger Groß- und Kleinhändler, arme und reiche Menschen. Die Volkspartei, wie man sie sich 1915 gedacht hatte, ist sie nicht geworden. Ihr Gründer, Asger Rastensen, ist heute nicht mehr der Führer, da er ausstarb und der Gründer der freisinnigen Landespartei wurde. Die konservative Volkspartei steht den gemäßigten sozialen Gesetzen nicht ablehnend gegenüber; die alte Rechte war es, die schon im Jahre 1891 eine soziale Gesetzgebung begann. Die bedeutenden Zeiten der Partei sind „Beleidige Tidende“, „National Tidende“ und „Jyllands-Posten“.

Die Linke ist mit der konservativen Volkspartei insofern leicht verwandt, als auch sie nach der Abstammung nationalliberalen Ursprungs hat, da sie eine Fortbildung des extremen Flügels dieser Partei, „Die Bauernfreunde“, ist. Diese waren eine Zeit lang in Gruppen geteilt, hauptsächlich wegen der Grundgesetzfrage (Dänemark erhielt ein neues reaktionäres Grundgesetz im Jahre 1866); im Jahre 1870 aber verbanden sich diese Gruppen und bildeten „Die vereinigte Linke“. Im Jahre 1895 zerfiel diese Partei wiederum in zwei Teile, weil der linke Flügel mit dem Vergleich, der im Jahre 1894 den äußerst harten Kampf um den Volkssting-Paläontismus abschloss, durchaus unzufrieden war. Dieser Kampf wogte seit 1875, als ein Ministerium der Rechten gegen die Volkssting-Mehrheit regierte. Er endete mit einem Vergleich, dem aber ein großer Teil der vereinigten Linken als Gegner gegenüber stand, weil er der Ansicht war, dass die der Linken gemachten Zugeständnisse nicht ausreichend seien. Die Gegner des Komromiss stifteten die „Linke-Reformpartei“; diese verband bald wieder die meisten Angehörigen der Linksparteien und wurde so stark, dass sich im Jahre 1901 für den König die Notwendigkeit ergab, sich mit der Bildung eines Ministeriums aus ihren Reihen einzustehen zu erklären. Seitdem ist in Dänemark das Übergewicht des Volksstings immer anerkannt geblieben. Die Linke-Reformpartei wird heute nur noch die Linke genannt. Die Linke ist also die eigentliche Freiheitspartei Dänemarks. Im Laufe der Jahre wurde sie stets gemäßigt, und von dem Tage an, an dem sie zum ersten Mal die Regierung übernahm, hat sie häufig mit den Rechten zusammenarbeitet, im Gegensatz zu früher, wo sie mit den Sozialdemokraten zusammenvorging. Der Einfluss der letzten war aber damals noch sehr gering. Seit dem Jahre 1905, wo die radikale Linke gegründet wurde, ist die Linke nur noch eine Bauernpartei; sie hat erkannt, dass die Landwirtschaft die Grundlage des dänischen Wohlstandes ist. Infolgedessen hat sie jetzt einen starken konservativen Flügel. Sie besitzt viele Zeitungen in den kleineren Städten. In Kopenhagen selbst hat sie seit 1921 ein Organ, „Kopenhagen“ mit Namen, früher eine rechtsorientierte Zeitung. Der bedeutendste Führer der Partei ist seit vielen Jahren J. C. Christensen, der aber bereits in sehr hohem Alter steht, und nicht mehr aktiv mitarbeitet. Ihr jetziger Führer ist der Staatsminister N. Nergaard. Es ist nicht wahrscheinlich, dass die Macht der Linken noch weiter zunehmen wird, da jetzt

Was wird aus dem Kabinett Sikorski?

Immer lauter wird der Ruf nach einer Lösung der Frage: bleibt das gegenwärtige Kabinett oder verschwindet es? Da die Lösung dieser Frage eng zusammenhängt mit der Frage einer ständigen Mehrheit im Sejm, und da weiter diese Frage unmittelbar zusammenhängt mit der Stellungnahme der Witospartei, spitzt sich letzten Endes die Angelegenheit zu zu der Frage: was werden die Witospartei machen?

Die „Acht“ wirbt um Witospartei und seine Leute mit Nachdruck. Bald bittend, bald befahlend, versichert sie immer wieder: ihr gehört zu uns, nicht zu der Linken. So schreibt der „Dziennik Poznański“ in seiner Freitagsnummer:

„Die Regierung deren Polen bedarf und auf die sie seit dem Dezember des vorigen Jahres verzehns wartet, die Regierung einer Neiform der Republik, muss ihre Stütze finden in einer Mehrheit der Mittelparteien und der Gruppen der „Acht“. Der Bildung einer solchen Mehrheit steht nichts im Wege. Der Platz der Witospartei als einer Bauernpartei, die sie doch selbst kein will kann nur in dem Verbund der nationalen Parteien sein, nicht an der Seite der Sozialisten und ihrer Freunde. Eine solche Mehrheit müsste schon im Dezember 1923 gebildet werden. Dadurch wären Polen viele innere Sorgen und manche Blamage vor dem Auslande erwartet. Aber es geschah anders. Es kam so, dass ein ganzes Vierteljahr nicht g war, um die Volksparteien einzutreten zu lassen, das die Erwartung einer Spaltung des nationalen Blocks sich niemals erfüllt hat. Das vorher, wo es sich um das Gesamtwahlrecht handelt, um das Wohl des Staates und der Nation keine der nationalen Gruppen, die im Verband der „Acht“ zusammengeschlossen sind, parteipolitischen Dingen Gehör geben wird, und dass die Stellung, die die Volkspartei bis jetzt eingenommen hat, ihnen unerhört eine Niederlage und ein Sintern in der Meinung ihrer eigenen Wähler bringen muss, wenn sie ihre Stellung nicht ändert.“

Die Lage ist gegenwärtig so, dass man von einer nahe bevorstehenden Bildung einer polnischen Mehrheit reden kann. Es erscheint uns nicht wahrscheinlich, dass jetzt noch die Politiker der Mittelparteien den Platz haben könnten, sich der früheren Methoden zu bedienen. Der nationale Block hat im Interesse des Staates und der Nation eine weitgehende Nachgiebigkeit bewiesen. Er hat den Weg eines vernünftigen Komromiss betreten. Er kann sich jedoch niemals bereit finden lassen zu Entschlüssen, die zwar zu der Demagogie unreifer oder auf die finsternen Instinkte spezierender Parteien passen, aber nichts gemein haben mit den Interessen des Staates und der Nation.

Die nächsten Tage werden darüber entscheiden, ob das Kabinett Sikorski, gründlich umgestaltet, eine Stütze in der neuen Sejm-Mehrheit finden wird, oder diese Mehrheit – was uns wahrscheinlicher scheint – ein neues Kabinett ins Leben rufen wird, ein Kabinett, das von sich wird sagen dürfen, dass es ein Kabinett der Reform der Republik sei.“

Das Komromiss, von dem hier die Rede ist, muss wirklich ein ziemlich weitgehendes sein, wenn die Gruppen der „Acht“ ein Recht haben sollen, von sich zu sagen – wie es hier wieder geschieht –, dass sie ausschließlich das Wohl des Staates und der Nation und keinerlei parteipolitische Rücksichten gelten lassen. Nach einem Bericht der „Gazeta

schon fast jeder Bauer dieser Partei angehört. Einen scharfen Kontrast zwischen großen und kleinen Bauern gibt es im übrigen nicht, da diese beiden Berufsgruppen wirtschaftlich sehr eng zusammenarbeiten. Die Meiereien und die Schlachterei sind nämlich beinahe alle im Besitz der Vereine (Genossenschaften), in denen sowohl große als auch kleine Bauern Mitglieder sind. Augenblicklich ist die Linke Regierungspartei. Sie kann sich aber auch nur durch die Hilfe der konservativen Volkspartei an der Regierung erhalten.

Die Sozialdemokratie hat eine überaus schwierige Entwicklung durchgemacht. Die erste sozialistische Bewegung wurde bemerkbar um 1870, sie war marxistischen Charakters, aber erst im Jahre 1884 wählte die Partei ihre ersten Kandidaten in das Volkssting hinein. Seitdem ist sie immer stärker geworden, so dass die Sozialdemokratie jetzt nur einige Mandate weniger hat als die größte Partei des Volksstings, die Linke. Die dänische Sozialdemokratie ist verhältnismäßig sehr gemäßigt und bekennt sich, weit von den mostowitschen Ideen entfernt, zur Internationale. Die Sozialdemokratie hat ihre Hauptstärke in den Städten. Nur selten trifft man Arbeiter, die nicht der Sozialdemokratie angehören. Sie nimmt hier eine ähnliche Monopolstellung ein wie die Linke unter den Bauern. Die extremen sozialistischen Parteien haben keine tatsächliche Bedeutung. Die Sozialdemokratie wünscht weitgehende soziale Gesetze. Einen sehr großen Einfluss auf die Partei haben die Gewerkschaften. Fast alle Arbeiter sind in ihnen organisiert, so dass die sozialistisch orientierten Gewerkschaften ungefähr 350 000 Mitglieder zählen. Die Gewerkschaften und die Sozialdemokratie bilden ein unzertrennliches Ganzes. Die Partei vermag nichts gegen den Willen der Gewerkschaften, deren warme Fürsprecherin im Reichstag ist sie, auszurichten. (Christliche Gewerkschaften bestehen noch nicht. Ernsteste Versuche in dieser Hinsicht sind auch noch kaum gemacht.) In dem Reichstage ist Brogbjerg, der Redakteur der „Sozialdemokratie“, der Führer.

Die Radikale Linke wurde im Jahre 1905 von einem unzufriedenen Flügel der Linken, der keinen Bruch in der Zusammenarbeit mit der Sozialdemokratie wünschte, gegründet. Ihre Vorboten waren schon wahrnehmbar, als die Linke ihre Werbearbeit erfolgreich auf die Städte ausdehnte (Georg Brandes, die 1870er Jahre). Diese Anhänger aus den Städten waren während des Verfassungskampfes häufig die, die am unversöhnlichsten waren, aber erst im Jahre 1905 trat die endgültige Spannung zugange in der Errichtung

„Poznańska“ ist es zwischen den Piasten und den Nationaldemokraten endgültig zu einer Verständigung gekommen, die, wenn sie auch nicht auf dauernden Grundlagen fußt, in jedem Falle jedoch erwünscht ist als der erste Schritt zum Nachgeben, zu Kompromissen und zur Verständigung. Es soll bereits eine Verständigung über das gemeinsame Programm der neuen Regierung zustande gekommen sein. Grundsätzliche Gegensätze bestehen nicht mehr, man ist sich nur noch nicht eing darüber, wer Minister werden und die neue Regierung bilden soll. Dieser Streit um die Ministerposten ist verständlich, da es sich darum handelt, die Hoffnungen mancher Vertraulichen der „Acht“ auf Ministerposten zu befriedigen. Über die Befähigung des Polens des Innenministers und zugleich des Ministerpräsidenten ist noch nicht entschieden. Es handelt sich dabei um Witospartei oder Koranty.

General Sikorski glaubt an die Möglichkeit einer parlamentarischen Mehrheit.

Ein Berichterstatter des „Kurjer Poznański“ hatte mit dem Ministerpräsidenten Sikorski eine Unterredung in Spala. Während der Unterredung stellte er dem Premier die Frage, was er über die in polnischen Kreisen vorliegenden Gerüchte von einer Verständigung zwischen den Gruppen der Rechten und des Zentrums denkt. General Sikorski antwortete, dass er an die Möglichkeit glaube, dass sich die Beziehungen zwischen den Fraktionen so gestalten können, dass sie zur Bildung einer Koalition führen, die nicht auf Ausschließlichkeit oder Übermächtigkeit einer Partei oder zweier Parteien gerichtet wäre. Dann könnte man die parlamentarischen Grundlagen, auf die sich die Staatsarbeit der Regierung aufbauen könnte, erweitern.

Beratungen der Rechten mit der Piastengruppe.

Führende Politiker der Rechten, wie Grabowski, Marian Siedla, Strójski, Koranty und Chacinski und andere sind nach Krakau abgereist. Ihre Reise dorthin soll mit geheimen Beratungen, die mit Vertretern der Piastengruppe abgehalten werden sollen, in Zusammenhang stehen. Die Rückkehr der Rechtsführer nach Warschau wird am Montag erwartet.

Piasten und Wyzwolenie befinden sich.

Das Zentralorgan der Piasten hat in der letzten Zeit wiederholt die Wyzwolenie-Gruppe scharf angegriffen. Es wirkt ihr zu weitgehend Einfluss für Weißrussen, Ukrainer und Juden vor und macht ihr außerdem folgendes zum Vorwurf: die Wyzwoleniegruppe verläuft, sie könnte sich an einer auf relative Mehrheit mit Einschluss der Weißrussen und Ukrainer geäußerten Regierung beteiligen, halte dagegen alle Kombinationen mit den gemäßigten Gruppen für unmöglich; in der Wyzwolenie-Gruppe hätten sich einige Abgeordnete gefunden, die bei der anlässlich der Anerkennung der polnischen Grenzen abgehaltenen Feierfeier im Sejm auf eintraten, zum Zeichen des Protestes gegen die Ausschließung des Abg. Luciwicz den Saal zu verlassen, und endlich, dass die Wyzwolenen in Wilna verhaftete Kommunisten in Schutz nähmen, obwohl der Justizminister Beweise ihrer staatsfeindlichen Tätigkeit erbracht habe.

Der „Radikale Linken“ oder, wie sie oft auch genannt wird, „Die Stadtlinke“. Ihr Programm ist zwar auch auf die kleineren Bauern (die Häusler) zugeschnitten, aber es ist nicht recht gelungen, diese Gruppen zu erfassen, so dass die Partei bis heute im wesentlichen eine städtische Intelligenzpartei geblieben ist. Sie ist eine demokratische bürgerliche Partei, Anhänger des privaten Eigentums, dabei aber mit der Sozialdemokratie eng verbunden und bestreut und von starker internationaler Tendenz. Ihr bedeutender Führer ist Owe Rode. Den ganzen Weltkrieg hindurch (1913–1920) war die Radikale Linke Regierungspartei und wurde von der Sozialdemokratie gestützt, bei den Wahlen im Jahre 1920 aber erlitten beide Parteien eine vernichtende Niederlage und schieden dadurch aus der Regierung aus.

Die Erwerbspartei wurde kurz vor dem Ende des Weltkrieges gegründet. Sie ist eine gemäßigte konservative Partei und glaubte, dass die Interessen des kleinen Mittelstandes durch die konservative Volkspartei nicht genügend vertreten würden, da diese nach ihrer Ansicht während des Weltkrieges den Großhandel und die Großindustrie zu bevorzugten schien. Die Erwerbspartei hatte nur geringe Wahlerfolge und ist schon jetzt wieder in sich zerplittet.

Die Schleswigsche Partei wurde gegründet, als Dänemark im Jahre 1920 Nordschleswig zurückbekam. Ihre Aufgabe ist es, die Interessen der nationalen deutschen Minderheit wahrzunehmen. Sie vermochte ein Mitglied in das Volkssting zu entsenden, Pastor Schmidt, — er wird von der dänischen Partei um so mehr verstanden, als auch Dänemark selbst eine Minderheit im deutschen Nordschleswig hat.

Von Splitterparteien sind zu erwähnen: Die neue Rechte, die vor den Wahlen 1918 als neue konservative Partei mit reaktionären chauvinistischen Zielen gegründet wurde. Der Versuch war ohne jeden Erfolg: Es gelang der neuen Gründung nicht, auch nur einen einzigen Platz im Volkssting zu besetzen. Im Jahre 1920 versuchte man eine bürgerliche Zentrumspartei zu errichten, der Versuch mislang gleichfalls. Die im Jahre 1922 errichtete sogenannte Landespartei war ein Versuch in der gleichen Richtung. Dieser Partei schloss sich der größte Teil der Erwerbspartei an, ob ihr aber mehr Erfolg beschieden ist, müssen die nächsten Wahlen zeigen, wahrscheinlich ist ihr Erfolg aber nicht. Extreme sozialistische Bestrebungen,

die während des Krieges hervortraten, ethielten kein Mandat und fanden nicht den geringsten Anhang und Nährboden.

Gegenwärtig spielt bei den politischen Debatten in Dänemark die Handelspolitik eine große Rolle, — nämlich die Frage, ob man die Richtung des Freihandels oder des Schutzzolls wählen soll. Die Linke, die Regierungspartei, ist orthodox freihändlerisch. Als im vorigen Jahrhundert die Konkurrenz der Vereinigten Staaten von Amerika die europäische und auch die dänische Landwirtschaft recht ernsthaft bedrohte, wünschte sie, damals wie jetzt eine Bauernpartei, nicht, die dänische Landwirtschaft durch Zölle zu schützen, wie sie auch jetzt die Industrie gegen die Ausfuhr der valentinschwachen Länder zu schützen nicht gewillt ist. Sie fürchtet nämlich, daß andere Länder die dänischen Produkte (Butter, Fleisch) als Tauschprodukte ausschließen werden. Die konservative Volkspartei dagegen, die ja die Regierung im allgemeinen stützt, wünscht einen ausreichenden Schutz für die Industrie. Sie hat als bedeutende Mitglieder mehrere Handelsleute und Industrielle, woraus sich ihre Haltung erklärt. Auf dem gleichen Standpunkt steht auch die Erwerbspartei. Die radikale Linke ist zwar im Prinzip freihändlerisch; jedoch halten große Teile der Partei einen Schutz unter den augenblicklichen Verhältnissen für die Blüte der Industrie und die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit notwendig. Diese Ansicht teilt auch die Sozialdemokratie, die gleichfalls auf diesem Wege der Arbeitslosigkeit mit Erfolg zu begegnen hofft.

Da keine der Parteien im dänischen Parlament die absolute Mehrheit besitzt, ist die dänische Regierung stets auf Komromisspolitik angewiesen. Eine dauernde Koalition mehrerer Parteien ist unwahrscheinlich, da sogar zwischen den benachbarten Parteien die Differenzen zu groß sind. Nur der Tatsache, daß alle Parteien im Grunde sehr gemäßigt sind und allzu starke wirtschaftliche Unterschiede nicht bestehen, ist es zu verdanken, daß die politische und parlamentarische Entwicklung ruhig abläuft und heftige Erschütterungen und Revolutionen dem dänischen Volke erspart geblieben sind.

Ein Widerhall des Mostauer Priestermordes.

Am Donnerstag fand in Warschau auf dem Theaterplatz eine Protestkundgebung gegen die Erschiebung des Prälaten Butkiewicz statt. Nach verschiedenen Aussprüchen zog die 80 000sförmige Menge vor das Präsidentium des Ministerrates, und eine Sonderdelegation unterbreitete dem Ministerpräsidenten eine von den Manifestanten gefasste Entschließung.

Der Ministerpräsident hielt darauf eine Ansprache, in der er betonte, daß die Regierung ihre bisherige Haltung in nichts ändern werde und sich gegenüber dem herausfordernden Verhalten der Sowjets keineswegs schwach erweisen wolle. Indessen seien alle Schritte, die irgendwie den Polen jetzt so nötigen inneren Frieden fördern könnten, nicht das Gegebene und würden nicht die gewünschten Erfolge zeitigen. Was die außerstaatliche Aktion betrifft, so werde die Regierung alles tun, um den in Sowjetrußland lebenden Polen gehörenden Schutz zu sichern. Sie müssen aber dabei danach trachten, ihre Haltung mit den Schritten der anderen Regierungen und der Haltung des Apostolischen Stuhls in Einklang zu setzen, da sich nur auf diesem Wege ein dauernder und wesentlicher Erfolg erzielen lasse.

Während der Kundgebung waren alle Läden und Lichtspieltheater geschlossen.

Die Menge begab sich dann durch die Krakauer Vorstadt und den Nowy Świat nach dem Belvedere-Palast. Als man erfuhr, daß der Staatspräsident nicht anwesend sei, zerstreute sich die Menge.

Die bedeutsame Kundgebung wurde wieder zeitweise durch Ausschreitungen und Angriffe auf Vorübergehende gestört. Starke Polizeipatrouillen verhinderten größere

Zusammenrottungen von Abenteuerern, konnten aber nicht unerlaubten Handlungen vorbeugen.

Die Entschließung.

Die dem Ministerpräsidenten Sikorski überreichte Entschließung hat folgenden Wortlaut:

Die Bevölkerung der Hauptstadt, die durch das an dem unschuldigen Leben des Prälaten Konstantin Butkiewicz in Moskau begangene unerhörte Verbrechen auf tiefe Verzweiflung ist, protestiert gegen die seit fünf Jahren auf die in Russland wohnenden Brüder angewandte Barbarei und stellt fest, daß die schamlosen und zynischen Greuel der Sowjets und der verbrecherische Kampf der Sowjetbehörden gegen Religion und Kultur und gegen die heiligsten Ideale der Menschheit mit ungezwängter Energie weiter davontreibt. Deshalb muß die Regierung, muß der Sejm und das Volk alle Kräfte anspannen, um bei uns im Lande alle Ercheinungen der bolschewistischen Seuche auszurotten. Deshalb beschließen die Versammlten: 1. Die Regierung wird aufgefordert, die milde Taktik gegenüber den polnischen Kommunisten aufzugeben, sie als Verräter des polnischen Staates durch Standgerichte zum Tode verurteilen zu lassen und zu diesem Zweck schnellstens ein entsprechendes Gesetz einzubringen. 2. Von Sejm wird verlangt, daß er die Abgeordneten Łącka und Królikowski ohne Recht aus seiner Mitte entfernt und sie als Verräter dem Gerichte zur Verfügung stellt. 3. Unabhängig davon wird von der Regierung gefordert, in der Angelegenheit der gesannten Vertreter der katholischen Kirche so energetisch wie möglich zu intervenieren. Die Einwohnerschaft der Hauptstadt bildet bei Unterbreitung dieser Entschließung die Regierung, den sozialen Zustand des ganzen Volkes, das mit der Hauptstadt eins ist, zu bedenken, um nicht das Volk zu den letzten Grenzen der Empörung und Abschluß zu treiben."

Die Vorfälle bei der Kundgebung in Warschau.

Über den Verlauf der Protestkundgebung in Warschau meldet die Ost-Agentur folgendes: "Heute abend fand auf dem Theaterplatz eine große Protestversammlung gegen die Ermordung des Prälaten Butkiewicz statt. Alle Läden und Kaffeehäuser waren von 5 Uhr an geschlossen. Auf dem Theaterplatz versammelte sich eine ungeheure Menge. Es wurden eine Reihe von Protestschlussliedern angenommen. Die Polizei bewachte die Zugänge und vor der Sondervertretung eingeschlossenen Gebäuden. Nach der Versammlung bewegte sich die viertausendsförmige Menge unter Absingen des Nationalliedes und unter Auffordern gegen die Kommunisten durch die Krakauer Vorstadt und den Nowy Świat. Vor der englischen Gesellschaft rief die Menge „Es lebe England.“ Darauf zog die Menge durch die Aleja Wojskowa und die ulica Piłsudskiego und zerstreute sich dann bald. Ein Teil, vorwiegend Jugendliche, zog weiter durch die ulica Marszałkowska. An einigen Punkten der Stadt ließen sich Gruppen von Halbwüchsigen Gruppen gegen Juden zusammensetzen kommen.

Die energische Haltung der Sicherheitsbehörden liquidierte sie sogleich, wobei die Mehrzahl der Manifestanten mitschuldigte, indem sie dazu aufforderte, Ernst und Würde zu wahren. Sie ging tatkräftig zum Schluß der Angriffen gegen die Halbwüchsigen vor, die die Juden mit Stöcken zu schlagen und aus der Straßenbahn zu zerren versuchten. Es muß hervorgehoben werden, daß die Delegation der Versammlung während ihres Aufenthaltes im Präsidentium des Ministerrates den Premierminister Sikorski als Amtskollege versicherte, daß von Seiten der Kommissare der Versammlung alle Mittel angewandt würden, um Gewalt nicht auszulösen. Der Regierungskommissar forderte, als er von den Gruppen erfuhr, militärische Hilfe an. Die Hilfe erwies sich jedoch als überflüssig, weil die Bevölkerung selbst der Polizei mithilft, weitere Ausschreitungen zu verhindern.

Die Ost-Agentur erfährt, daß die Strafanzeigeverhältnisse am Donnerstag nur leichte Beschädigungen und geringfügige Verletzungen zur Folge hatten. Unter den Verletzten befanden sich nicht nur Juden, sondern auch Christen. Nicht nur bei Juden, sondern auch bei Christen wurden Schausensterscheiben eingeschlagen.

Republik Polen.

Polens Beziehungen zu Italien.

Der "Secolo" sowie der "Corriere d'Italia" betonen anlässlich der polnisch-italienischen Zusammenkunft in Mailand, daß die Interessen beider Länder durch politische und ideale Rücksichten eng verbunden seien. Der "Secolo" schreibt: "In Italien würde man die bürgerliche Gesellschaft los geworfen sein, wenn nicht Polen die Volksarmee an den Mauern Warschaus geschlagen hätte. Die wirtschaftlichen Interessen gehen aus dem Abschluß des Handelsvertrages vom 12. Mai 1922 durch den Nowybaner Vertrag verständigt worden ist, und des Vertrages über die oberitalienische Kohle hervor. Das Blatt bewertet dann die historischen, kulturellen und religiösen Werte zwischen Polen und

anvertrauten, kam ihm gar nicht. Stundenlang grübelte er und sann, fasste Pläne und verwarf sie wieder und achtete kaum darauf, daß die Stunden verstrichen und der Nachmittag den Mittag abzulösen begann.

Aber als er sich endlich klar war über jeden einzelnen Schritt, den er unternehmen wollte, zögerte er auch nicht länger, sondern rüstete noch am Abend für eine mehrtägige Reise, auf der er alle Notwendigkeiten zu erledigen gedachte.

Er war fest entschlossen, in dieser ganzen Angelegenheit allein vorzugehen, nicht einmal seine Teilhaber einzurufen und alle Maßnahmen so zu treffen, als handele es sich um seine persönlichsten Dinge.

Am nächsten Morgen mit der ersten Fahrgelegenheit reiste er ab und erreichte bereits mit einem der Mittagszüge München, wo sein erster Gang dem Geologen galt, der ihm vor ein paar Jahren das rettende Gutachten ausgestellt hatte.

Aber der harmlose Gelehrte war nicht wenig überrascht, als ihm statt des bisher stets verbindlich lächelnden Generaldirektors ein aufgebrachter und seines Zornes kaum mächtiger Herr ins Haus fiel, der ihn aus heiterem Himmel mit den bittersten Vorwürfen überhäufte.

"Ich finde das einfach unglaublich von Ihnen!" tobte Vogelreuther mit gut gespielter Entrüstung. "Sie stellen mir da ein Gutachten aus, daß die untere Hochalm ungesährdet ist; ich habe darauf und errichte unter dem Aufwand von Hunderttausenden ein luxuriöses Hotel, und nun kommt ein Kollege von Ihnen, ein gewisser Dr. Bösl, und behauptet, mein Hotel stände auf unterpultem Grund und ginge im Frühjahrrettungslos in die Tiefe."

"Der Kollege muß sich irren!" stotterte der verschüchterte Gelehrte. "Ich habe alles so gründlich untersucht, daß ich auch heute noch voll und ganz aufrecht erhalten kann, was ich damals in meinem Gutachten niedergelegt habe!"

"Das hoffe ich in Ihrem Interesse, Herr!" unterbrach ihn der Generaldirektor brief. "Denn ich müßte mich sonst, wenn ein Unglückschicksal oder wenn wir unser Hotel schließen müssen, der Gedanke, daß er in gewissem Sinne verantwortlich war für das Leben der Gäste, die sich der Obhut seines Hauses mit einer Schadensklage an Sie halten!"

Italien und drückt die Gewißheit aus, daß aus den Unterredungen der beiden Männer auch ihr Vater erwachen wird.

Ein Staatsverratprozeß in Warschau.

In Warschau beginnt heute am Freitag ein Staatsverratprozeß. Angeklagt sind: Oberleutnant Wiktoraw Skudr, Doctor der Philosophie Bolesław Andrycer, Lazar Haller, Michael Kauermann, Alf. Roman, Sołtyski, Stanisław Grun und Miroslaw Kowalewski. Die Anklage schreibt den Angeklagten vor, einem der Nachbarstaaten Informationen über die aktuelle Sicherheit des Staates ermittel zu haben. Die Verhandlung wird voraussichtlich 3 bis 4 Tage dauern.

Sowjetrußland.

Staatsmonopol für Autorenrecht.

Die Sowjetregierung hat das Autorenrecht für die Werke der bedeutenden verstorbenen Schriftsteller Russlands zu einem Staatsmonopol erklärt. Die Maßnahme betrifft die Werke auch solcher Schriftsteller, wie Buschk, Gogol u. a., für deren Werke das Autorenrecht lange vor der Revolution erloschen war, sowie die Schriftsteller Tolstoi, die von Tolstoi selbst für den Nachdruck freigegeben worden waren. Das Volksskomitee für Bildungswesen erhält das alleinige Recht, die Werke zu verlegen, kann jedoch dieses Recht an staatliche, genossenschaftliche und private Verlagsanstalten auf Grund besonderer Vereinbarungen abtreten. Die Erben der Schriftsteller, für deren Werke das Autorenrecht noch bestand, haben Anspruch auf Entschädigung auf Grund der einschlägigen Dekrete.

Gründung einer Exportbank für Lebensmittelrohstoffe.

Die Sowjetregierung plant die Gründung einer Exportbank für Lebensmittelrohstoffe. Die Bank soll die Nahrungsmittelindustrie und die Ausfuhr von Lebensmitteln finanzieren.

Der Hunger.

Die Lage im Hungergebiet stellt sich folgendermaßen dar: Die Zahl der Notleidenden im Gebiet der Wolga und Krim beträgt 5 Millionen. Die Zahl der, die von der Regierung unterstützt werden, überschreitet eine Million. Die ausländischen Hilfsorganisationen verteilen bis zwei Millionen Tageportionen. Es verbleben darüber ungefähr zwei Millionen, die der Hilfe bedürfen, um die Zeit von drei Monaten bis zur neuen Ernte, die sehr günstige Ergebnisse verspricht, zu überstehen.

Die Kinder in Russland.

In einer vor einigen Tagen abgehaltenen Sitzung des Petersburger Sowjetwaltungsausschusses erstellte, wie die "Krasnoye Gazeja" berichtet, Liliu einen Bericht über die Lage der Kinder in Russland. Die Mitteilungen, die Liliu über die Kinderheime und die Rettungsstationen machte, gaben ein trauriges Bild. Die Kinder leiden Hunger, erklärte der Referent. Es ist zwar die Nation Lebensmittel festgestellt worden, welche die Kinder erhalten müssen, aber sie steht nur auf dem Papier. In der Praxis verhält es sich darunter, daß, um nur ein Beispiel anzuführen, die Nation für den Oktober 1922 erst am 31. Januar dieses Jahres verabreicht wurde. Es spricht von selbst, daß die Kinder bei diesem Rückstand in der Lebensmittelversorgung auf andere Weise am Leben erhalten werden müssen, und das geschieht zum Teil durch Vermittlung der örtlichen Lebensmittelkomitees, die den Kinderheimen "Vorstände" auf die zu empfangenden Nahrungsmittel geben. "Vorstände" die gewöhnlich weit hinter der frischgebackenen Nation zurückbleiben. Würden sich diese Komitees nicht der Kinder annehmen, so müßten die Kinder, fügte Liliu hinzu, glatt hungern. Ein höllisches Ding ist auch, fuhr er fort, daß es an Seite mangelt. Anfolgedessen herrscht in den meisten Kinderheimen grobe Unreinlichkeit, modisch allerlei Krankheiten bevorgerufen werden. Im allgemeinen kann gesagt werden, daß alle Kinder tuberkulös. Angesichts der herrschenden Arbeitslosigkeit und der dadurch erzeugten Armut haben es aber die Kinder in vielen Gegenden, die in den Anstalten aufgenommen wurden, noch gut. Sie befinden sich, sobald sie im Heim sind, im Paradies, wenn man die Lage der unglücklichen Geschöpfe betrachtet, die draußen bleiben. Der Berichterstatter hält es daher für eine gänzlich verschleierte Methode, die Kinder nur in beschränkter Anzahl in den Heimen aufzulassen, wie es in der letzten Zeit gehandhabt wird. Das Arbeitsgebiet dieser Institute muss im Gegenteil ausgebreitert werden. Die Möglichkeit dazu muß auf die eine oder andere Weise geschaffen werden. Liliu berührte auch die ideale Seite der Frage und wies unter anderem auf den Mangel an pädagogisch geschultem Personal hin. Die Ursache hierfür ist in der schlechten Besoldung zu suchen. Ein Hausbesitzer verdient gegenwärtig mehr als ein Lehrer oder ein Erziehungsbamter. Das wird mit aller Entschiedenheit geändert werden müssen, erklärte Liliu, wenn man ein für die Kindererziehung besichtigtes Personal besitzen will. Sonst werden die Kinder noch mehr verwahrloft, als es ohnedies schon der Fall ist.

Dem armen Geologen brach der Angstschweiß aus allen Poren aus. "An mich? Um Gottes willen, wie läme ich dazu?" stammelte er entsetzt.

"Es gibt nur zwei Möglichkeiten!" erwiderte ihm Vogelreuther barsch. "Entweder Ihr Gutachten war richtig; dann dürfen Sie auch keinen Augenblick zögern, es zu verteidigen und allen etwaigen Angriffen dieses Herrn Völker wenn nötig öffentlich zu widerstreiten! Oder Ihr Gutachten war falsch; dann werden Sie mich von einer Seite lernen lernen, die Ihnen sehr wenig gefallen wird!"

Über den Geologen kam eine wilde Geschlossenheit. "Und wer mich Lügen strafen will, wird mich gewappnet finden!"

"Ist das Ihr fester Entschluß?" drang der Generaldirektor in ihn.

"Mein fester, unabänderlicher Entschluß; denn das bin ich schon meinem wissenschaftlichen Ansehen schuldig!" gelobte der Gelehrte.

"Dann geben Sie mir jetzt sofort eine schriftliche Erklärung," drängte Vogelreuther, "daß Sie Ihr damaliges Gutachten auch nach der Kenntnisnahme der Böllerischen Behauptungen in vollem Umfang aufrecht erhalten, dessen Theorie für haltlose Fretzmer erläutern und sich verpflichten, nötigenfalls jederzeit dagegen Stellung zu nehmen."

Der in die Enge getriebene Geologe entnahm seinem Schreibblock mit zitternden Händen einen Bogen Papier und ließ sich von dem Generaldirektor den Wortlaut der geforderten Erklärung in die Feder fließen.

Über Vogelreuthers Anzug glitt wieder das zufriedene Lächeln; diese Angelegenheit hatte sich viel rascher erledigt, als er erwartet hatte, und er fühlte sich daher verpflichtet, um viele Grade freundlicher die Worte zu sprechen: "Für jede Mühe, die Sie durch die Verteidigung Ihres Gutachtens haben, werden Sie natürlich von mir entschädigt werden, Herr Doktor!"

Aber der Geologe lehnte eisartig ab: "Wo denken Sie hin, Herr Generaldirektor! Das kann ich unmöglich annehmen! Alles, was ich in dieser Sache tue, wird selbstverständlich ganz umsonst geschehen!"

(Fortsetzung folgt)

Nach dem Essener Blutbad.

Protokoll der deutschen und französischen Arbeiterschaft. — Papstlicher Delegat und Kardinal. — Keine Änderung in der Frankfurter Wirtschaft. — Maginot schwatzt Unruhe. — Englands Panik.

Die Essener Bluttat, deren Opfer sämtlich dem Arbeiterstande angehören, hat deshalb auch besonders bei der deutschen Arbeiterschaft die heftigste Erregung erweckt. Die Franzosen haben in plumper Weise versucht, auch bei diesem Anlaß die Arbeitnehmer gegen die Arbeitgeber auszuspielen, indem sie Verbrechen gegen wehrlose Arbeiter auf eine angebliche Provokation der deutschen Unternehmer zurückführten und vier Krupp-Direktoren verhafteten und vor das Kriegsgericht stellten. Damit erreichten sie es freilich nicht einmal, ihre eigene Arbeiterschaft, welche denn die deutsche zu betrügen. Die Spionenorganisationen der deutschen Gewerkschaften haben einen Aufruf "An die Arbeiter der Welt" erlassen. In diesem wird besonders auf die Bereitwilligkeit des deutschen Volkes zu Zahlungen hingewiesen. Wieder und wieder habe das deutsche Volk seine berufenen Vertreter, insbesondere auch die deutschen Gewerkschaften Bereitwilligkeit zu Reparationen im Rahmen der Leistungsfähigkeit durch Wort und Tat bekundet. Deutsche Vorstände hätten in London und Paris vorgelegen und hätten bei offenkundigem guten Willen eine Verhandlungsgrundlage werden lassen. Sodann wird gegen die französischen Gewerkschaften, besonders das Essener Blutbad protestiert. Am Schluss des Aufrufs wird in wahrhafter Weise an das Solidaritätsgefühl aller Arbeiter eine militärische Diktatur appelliert, worin es heißt:

Die Freiheit der Arbeit, die Achtung des Arbeiters als eines vollwertigen, für sich selbst verantwortlichen, aus freiem Willen handelnden Menschen, sie wird im Ruhegebiet, im befreiten Deutschland durch die militärische Diktatur mißachtet und unterdrückt! Das französische Volk verkündete vor mehr als 100 Jahren die Menschen- und Bürgerrecht! Die Sklaverei verwandeln. Die kostbare Errungenschaft jahrhundertelanger sozialer Kämpfe und eine Voraussetzung jeder wahren Kultur ist in Gefahr!

Arbeiter der Welt, öffnet Augen und Ohren! Diese Gefahr besteht nicht nur den deutschen Arbeitern allein, sie droht euch allen, wenn die Gewalt über das Recht triumphiert!

Arbeiter der Welt, sei gewarnet und schützt die Freiheit der Arbeit, ehe es zu spät ist.

Dieser Aufruf, der von den Gewerkschaften aller Nationen ausgeht, dürfte der französischen Regierung zeigen, wie aussichtslos ihre Bemühungen sind, die deutsche Arbeiterschaft durch Vorspiegelungen zu gewinnen. Nicht einmal die französischen Arbeiter stehen hinter ihr. Der allgemeine französische Arbeiterverband protestiert gegen die Essener Karamagne in der Zeitung "Peuple". Der Verband betrachte es als seine Pflicht, die Ruhrpolitik an den Pranger zu stellen. Die Karamagne habe nur die Hölle der deutschen Nationalisten begünstigt. Der Verband appelliert an alle Arbeiter, damit der für Reparationen und den Weltfrieden so schädlichen Politik der französischen Regierung ein Ende gemacht werde. Das einzige Mittel, die Wiederkehr derartiger Zwischenfälle, deren Opfer bald Soldaten seien, sei eine Intervention des Völkerbundes. Dieser Protest der französischen Arbeiterschaft ist jedenfalls eine Folgerücksicht der internationalen Sozialistischen Konferenz, die Ende März in Berlin stattfand und auf der Sozialisten Englands, Frankreichs, Belgien und Italiens beschlossen, zusammen mit den deutschen Genossen alle Kräfte anzuwenden, um eine möglichst baldige Beilegung des Ruhrkrieges und Regelung der Entschädigungsfrage herbeizuführen.

Der genaue Untersuchung der Vorfälle in Essen hat eine französische Kommission festgestellt, daß die französischen Getöteten und Verletzten Rückenschüsse erhalten haben. Aus dieser Tatsache geht hervor, daß die französischen Soldaten auf Fleischende geschossen haben, doch also keine Rüde sein kann von einem Angriff der Arbeiter auf die Soldaten. Der amerikanische Vertreter der Nachrichtenagentur International News Service berichtet als Anwendung, daß die Franzosen aus einem Maschinengewehr und fünf Gewehren auf die Arbeiter schoßen, die von einer Mauer und dem Dach eines Gebäudes aus den Franzosen ausnahmen und sie durch Schüsse auf sie beschilderten, auf die Beschießung der Kruppschen Kraftwagen zu verzichten.

Die deutsche Reichsregierung sandte eine Note an die französische und die übrigen alliierten Regierungen, in der sie mit Nachdruck auf diese Feststellungen hinweist. Sie von der Agentur verbreiteten Annahmen werden als Fälschung zurückgewiesen. Besonders lächerlich wirkt die von Havas verbreitete Meldung, daß die Arbeiterschaft einen Angriff mit beißen Dämpfen auf die Soldaten gemacht habe. Es handelt sich dabei um nichts anderes als die Lokomotive einer Schmalspurbahn, deren Dampf durch das offene Fenster der Automobilhalle einströmte. An Wahrheit sei von deutscher Seite nichts anderes geschehen, als daß die Arbeiterschaft gegenüber einem rechtswidrigen Eingriff in ihre Produktionsstätten den Entschluß gefaßt habe, nicht unter französischer Bajonetten zu arbeiten. Die Verantwortung für die unfehlbare Tat falle nicht allein auf die Besatzungsstruppen, sondern vor allem auf die französische Regierung selbst.

Der päpstliche Delegierte, der gerade an dem Tage des Blutbades sich in Essen befand, hatte mit den Vertretern der deutschen Eisenbahngewerkschaften eine längere Unterredung auf die Gewerkschaftsvertreter übergeben, dem Delegierten reiches Material über die Beschuldigung. Im Verlaufe der Unterhaltung wurde immer wieder betont, daß alle religiösen, geistigen und moralischen Freiheiten der Welt wirksam sein müßten, um der Menschheit einen dauerhaften Frieden zu geben. Der Kölner Kardinal Schulte richtete an den Stadtdekanen von Essen folgendes Telegramm: "Den Angehörigen der Ermordeten und Verletzten bitte ich mein tieftes Mitgefühl zu übermitteln. Diese glorreiche Einweihung des Osterfestes legt den Feind aufs neue vor aller Welt an. Kardinal Schulte."

Im allgemeinen ist keine Änderung in der Handlungswelt der Franzosen eingetreten. Die Ausweisungen, die Verurteilungen, die Geldstrafen und zu Gefängnis werden fortgesetzt. In den letzten Tagen wurden mehrere 50 Polizeibeamte ausgewiesen, ferner 28 Beamte des Bismarckstaates, die nur das Allernötigste mitnehmen durften und deren Familien binnen 4 Tagen nachfolgen müssen. Eine Anzahl von Polizeibeamten wurden wegen Nichtbefolgung von Befehlen zu hohen Geldstrafen und zu Gefängnis verurteilt. Weitere wurden auf verschiedenen Orten in Vanten, Stationen und größere Gefängnisse verhaftet, darunter Lohngelder, beschlagnahmt. In dem Bismarckstein, keine wirklichen Resultate zu erreichen, mußten die Forderungen teilweise die Fristen für Ausführung ihrer ungeteilten Forderungen verlängern. Schon am 1. April wollte man die Befehle und Werte vorgeben, die sich den Anordnungen

hinsichtlich der Kohlensteuer nicht fügen würden. Jetzt wurde den Bergwerksdirektoren mitgeteilt, daß die Frist zur Abgabe einer Erklärung bis zum 15. April verlängert sei. Ebenso macht die französische Eisenbahngesellschaft, die jetzt von Düsseldorf nach Mainz verlegt wird, bekannt, daß die Frist von Meldungen deutscher Eisenbahner zum Eisenbahndienst um 14 Tage verlängert worden ist. Die Strafandrohungen bei Nichtzeitstellung wurden bei dieser Gelegenheit verschärft. Natürlich fand wieder das übliche Eisenbahnunglück statt: In der Nähe von Speyer entgleiste ein von Franzosen geführte Güterzug. Vier Franzosen wurden getötet, vier schwer verwundet. An verschiedenen Stellen waren sowohl im Ruhegebiet wie im alten Rheinland Spuren der Bahnleitung vorliegen. Telegrafenleitungen wurden von unbekannten Tätern durchschnitten. Die Franzosen zerstörten hierzu als Vergeltungsmaßregel verschiedene Telegrafen- und Telefonleitungen; deutsche Beamte, die die Schäden befeitigen wollten, wurden mit dem Tode bedroht.

Wie sich Frankreich eigentlich den weiteren Verlauf der Sache denkt, ist ganz unklar. Die führenden Männer scheinen weiter in unheilvoller Verbündung und Halsstarrigkeit zu leben. Der Kriegsminister Maginot hielt bei einem Treffen in Marseille eine Ansprache, in der er erklärt, daß Deutschland, wenn Frankreich nicht ins Ruhegebiet eindringen würde, versucht hätte, ein Moratorium von mehreren Jahren zu bekommen, und daß Deutschland nach Ablauf der Frist bis an die Böhme bewaffnet (!!!) erklärt hätte: "Wer wollt Geld haben, kommt und holt es euch." Frankreich sei im Ruhegebiet, um die ihm gewohnten Zahlungen zu erzwingen. Gernhaber dienen Veränderungen des Tarifstandes nicht die deutsche Presse darauf aufmerksam, daß doch bekanntlich die deutsche Wirtschaft eine gewisse Milderung der Arbeitsmarktkrise erwartet. Sowohl ein anderweitiger Ausgleich nicht zu ermöglichlich war, führte der Rückgang der Beschäftigung zu einer Erhöhung der Arbeitslosigkeit. Mehrfach wurde versucht, durch Einrichtung von Notstandsarbeiten dringender Not abzuwenden. Nach den Meldungen von ca. 200 Städten des unbekannten Gebietes ist in der ersten Märzhälfte die Zahl der unterstützten Erwerbslosen um rund 12 Prozent gestiegen, während in der zweiten Februarhälfte bereits eine Zunahme um rund 15 Prozent eingetreten war.

In der Landwirtschaft besteht rege Nachfrage besonders nach ledigem Personal. In der Forstwirtschaft fanden in verschiedenen Bezirken infolge Einstellung des Holzeinschlages zahlreiche Arbeitskräfte zur Entlassung. Im Kohlebergbau des unbekannten Gebietes fanden nur geringe Einstellungen von Arbeitskräften vor. Im Kalibergbau hielt im allgemeinen die Reiaimg zur Verschlechterung an. Vereinzelt erfolgten Entlassungen und Einschließungen von Feierabendern. Die private Baufaktur ist ruhig trotz des günstigen Wetters noch vollkommen. Infolgedessen ist auch die Bauindustrie schwach beschäftigt. Die Schlesischen Kalk- und Zementwerke haben einen Rückgang der Aufträge um etwa 50 Prozent zu verzeichnen und nehmen geringfügig Betriebs einschränkungen vor. Die Glasindustrie ist nur teilweise gut beschäftigt, die Thüringer Werke verkürzen die Arbeitszeit auf 24 Stunden wöchentlich. Die Lage der Metallindustrie weist eine beträchtliche Verschlechterung auf. Selbst die bisher gut beschäftigten Werkstätten in Hamburg, Bremen und an der Unterweser erhebliche Arbeitsentlassungen vor. Auch die chemische Industrie steht mit Ausnahme von Offenbach am Main und Bitterfeld im Zeichen der Arbeitsentlassungen und Betriebs einschränkungen. Die Lage der Spinnereien und Webereien ist infolge von Absatzschwierigkeiten und Mangel an Betriebskapital nach wie vor sehr ungünstig. Die Verhältnisse in der Lederverarbeitung haben sich weiter verschärft. In allen Zweigen des Holzgewerbes hat die ungünstige Entwicklung der Lage angehalten und in weiteren Betriebs einschränkungen Ausdruck gefunden. Die meisten Zweige des Nahrungsmittel- und Genußmittelgewerbes stehen ebenfalls ebenfalls in Beziehung des Rückgangs. Einzig die norddeutsche Margarine-Industrie ist nur die norddeutsche Margarine-Industrie. Die Konfektion nahm überall Entlassungen vor. Die Lage der Schuhindustrie wird gekennzeichnet durch Kurzzeit der Arbeitszeit auf 24 Stunden oder 8 Tage wöchentlich und durch steigende Arbeitslosigkeit. Auch im Handelswarenvertrieb macht sich die Wirtschaftskrise deutlich fühlbar. In verschiedenen Städten wird der Arbeitsmarkt erheblich belastet durch Entlassungen bei Behörden und bei den Straßenbahnen.

** Gesundung des Reichskanzlers Cuno. Der deutsche Reichskanzler ist nach mehrjähriger Krankheit so weit beseitigt, daß er das Bett verlassen konnte. Die Regierungsgeschäfte hatte der Kanzler auch während seines Krankenlagers weitergeführt.

** Hohe Strafen für Viehweiber. Das Landgericht Landsberg (Niederbayern) verurteilte wegen Preiswucher und Kettenhandels den Viehweiber Heilweier zu neun Monaten Gefängnis und 1300000 Mark Geldstrafe, den Viehweiber Wittmann zu neun Monaten Gefängnis und 160000 Mark Geldstrafe, den Händler Zimmer zu einem Jahr Gefängnis und 220000 Mark Geldstrafe; zwei andere Beteiligte erhielten ebenfalls empfindliche Strafen.

** Verammungsdrohungen in Hannover. Gegen Oberpräsidenten Rosse in Hannover wurde in einer kleinen Anfrage im Reichstag gefordert, daß er mehrfach öffentliche Veranstaltungen rechtsstehender Parteien und Gruppen, u. a. eine Versammlung der Deutschsozialistischen Freiheitspartei in der Abz. Wulff sprechen wollte. Der Minister des Inneren beantragte die Anfrage dahin, daß die Verbote sich gegen Versammlungen richteten, die von Personen einberufen waren, die in aufgelösten Organisationen tätig gewesen waren, so daß jene Veranstaltungen nichts anderes sein sollten als eine strafbare Fortsetzung verbotener Vereinsfähigkeit.

Aus aller Welt.

Deutschfeindliche Ausschreitungen in Aberdeen. Der schottische Hafen von Aberdeen war vor kurzem der Schauplatz von Kundgebungen schottischer gegen deutsche Schiffer als Protest gegen die deutsche Konkurrenz. Drei deutsche Schiffer gingen auf den Markt und bombardierten die Mannschaft von drei deutschen Dampfern mit Eisklumpen. Vier deutsche Dampfer wurden aus dem Hafen von Aberdeen ins offene Meer getrieben. Endlich kam Polizei und trieb die Kundgebung aus.

Ungarns Sanierung. Nach Meldungen der "Prager Presse" aus Budapest hat der ungarische Premier Graf Bethlen auf sein Ansehen an die alliierten Mächte in der Angelegenheit einer finanziellen Sanierung des Landes die Antwort erhalten, daß Ungarn so lange nicht auf eine energische Unterstützung von Seiten der Alliierten rechnen kann, als es nicht die Beziehungen zu seinen Nachbarstaaten verbessert. Zu diesem Zwecke beabsichtigt Graf Bethlen, in der nächsten Zeit Reisen nach Prag, Belgrad und Bukarest zu unternehmen.

Vom 1. April an sind unsere Geschäftsräume nachmittags 1/2 Uhr geschlossen.
Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt T. A.
Posener Tageblatt.
Zwierzyniecka 6.

Die Ostrauer Bergarbeiter nahmen bei den Verhandlungen über die Verlängerung der Sonnabendschicht auf 8 Stunden gegen die Ausdehnung der Schicht Stellung und erklärten überhaupt, im vertraglosen Zustand nicht weiter arbeiten zu können. Falls innerhalb einer bestimmten Frist eine Einigung nicht zustande kommt, wollen die Bergarbeiter die Belegschaften der anderen Reviere zu einem Solidaritätsstreik veranlassen. Es ist indes sicher, daß die Regierung trachten wird, den Konflikt bald beigelegen, zumal durch den Streik auch der tschechischen Eisenindustrie die schwersten Schäden erwachsen mühten.

Deutsches Reich.

Der deutsche Arbeitsmarkt im März 1923.

Die Wirtschaftskrise verschärft sich im Monat März von Woche zu Woche und übt einen sehr starken Druck auf den Beschäftigungsgrad der gewerblichen Unternehmungen aus. Die Arbeitsmarktlage hat sich infolgedessen in ganz Deutschland während des Brüdermonats beträchtlich verschlechtert. In den ländlichen Bezirken bewirkt der saisonale Arbeitsbedarf der Landwirtschaft eine gewisse Milderung der Arbeitsmarktkrise. Diese trat jedoch in den Städten und industriellen Bezirken um so stärker in Erscheinung. In vielen Zweigen der Industrie und des Gewerbes, besonders in der Metall- und Textilindustrie und im Bekleidungswesen, haben sich die Verhältnisse ganz erheblich verschärft. Die Zahl der von den Arbeitsnachweisen gemeldeten Betriebs einschränkungen, Arbeitszeitverkürzung und Entlassungen hat infolge der andauernden Absatzschwierigkeiten zugenommen. Soweit ein anderweitiger Ausgleich nicht zu ermöglichen war, führte der Rückgang der Beschäftigung zu einer Erhöhung der Arbeitslosigkeit. Mehrfach wurde versucht, durch Einrichtung von Notstandsarbeiten dringender Not abzuwenden. Nach den Meldungen von ca. 200 Städten des unbekannten Gebietes ist in der ersten Märzhälfte die Zahl der unterstützten Erwerbslosen um rund 12 Prozent gestiegen, während in der zweiten Februarhälfte bereits eine Zunahme um rund 15 Prozent eingetreten war.

In der Landwirtschaft besteht rege Nachfrage besonders nach ledigem Personal. In der Forstwirtschaft fanden in verschiedenen Bezirken infolge Einstellung des Holzeinschlages zahlreiche Arbeitskräfte zur Entlassung. Im Kohlebergbau des unbekannten Gebietes fanden nur geringe Einstellungen von Arbeitskräften vor. Im Kalibergbau hielt im allgemeinen die Reiaimg zur Verschlechterung an. Vereinzelt erfolgten Entlassungen und Einschließungen von Feierabendern. Die private Baufaktur ist ruhig trotz des günstigen Wetters noch vollkommen. Infolgedessen ist auch die Bauindustrie schwach beschäftigt. Die Schlesischen Kalk- und Zementwerke haben einen Rückgang der Aufträge um etwa 50 Prozent zu verzeichnen und nehmen geringfügig Betriebs einschränkungen vor. Die Glasindustrie ist nur teilweise gut beschäftigt, die Thüringer Werke verkürzen die Arbeitszeit auf 24 Stunden wöchentlich. Die Lage der Metallindustrie weist eine beträchtliche Verschlechterung auf. Selbst die bisher gut beschäftigten Werkstätten in Hamburg, Bremen und an der Unterweser erhebliche Arbeitsentlassungen vor. Auch die chemische Industrie steht mit Ausnahme von Offenbach am Main und Bitterfeld im Zeichen der Arbeitsentlassungen und Betriebs einschränkungen. Die Spinnereien und Webereien ist infolge von Absatzschwierigkeiten und Mangel an Betriebskapital nach wie vor sehr ungünstig. Die Verhältnisse in der Lederverarbeitung haben sich weiter verschärft. In allen Zweigen des Holzgewerbes hat die ungünstige Entwicklung der Lage angehalten und in weiteren Betriebs einschränkungen Ausdruck gefunden. Die meisten Zweige des Nahrungsmittel- und Genußmittelgewerbes stehen ebenfalls ebenfalls in Beziehung des Rückgangs. Einzig die norddeutsche Margarine-Industrie ist nur die norddeutsche Margarine-Industrie. Die Konfektion nahm überall Entlassungen vor. Die Lage der Schuhindustrie wird gekennzeichnet durch Kurzzeit der Arbeitszeit auf 24 Stunden oder 8 Tage wöchentlich und durch steigende Arbeitslosigkeit. Auch im Handelswarenvertrieb macht sich die Wirtschaftskrise deutlich fühlbar. In verschiedenen Städten wird der Arbeitsmarkt erheblich belastet durch Entlassungen bei Behörden und bei den Straßenbahnen.

** Gesundung des Reichskanzlers Cuno. Der deutsche Reichskanzler ist nach mehrjähriger Krankheit so weit beseitigt, daß er das Bett verlassen konnte. Die Regierungsgeschäfte hatte der Kanzler auch während seines Krankenlagers weitergeführt.

** Hohe Strafen für Viehweiber. Das Landgericht Landsberg (Niederbayern) verurteilte wegen Preiswucher und Kettenhandels den Viehweiber Heilweier zu neun Monaten Gefängnis und 1300000 Mark Geldstrafe, den Viehweiber Wittmann zu neun Monaten Gefängnis und 160000 Mark Geldstrafe; zwei andere Beteiligte erhielten ebenfalls empfindliche Strafen.

** Verammungsdrohungen in Hannover. Gegen Oberpräsidenten Rosse in Hannover wurde in einer kleinen Anfrage im Reichstag gefordert, daß er mehrfach öffentliche Veranstaltungen rechtsstehender Parteien und Gruppen, u. a. eine Versammlung der Deutschsozialistischen Freiheitspartei in der Abz. Wulff sprechen wollte. Der Minister des Inneren beantragte die Anfrage dahin, daß die Verbote sich gegen Versammlungen richteten, die von Personen einberufen waren, die in aufgelösten Organisationen tätig gewesen waren, so daß jene Veranstaltungen nichts anderes sein sollten als eine strafbare Fortsetzung verbotener Vereinsfähigkeit.

Deutschfeindliche Ausschreitungen in Aberdeen. Der schottische Hafen von Aberdeen war vor kurzem der Schauplatz von Kundgebungen schottischer gegen deutsche Schiffer als Protest gegen die deutsche Konkurrenz. Drei deutsche Schiffer gingen auf den Markt und bombardierten die Mannschaft von drei deutschen Dampfern mit Eisklumpen. Vier deutsche Dampfer wurden aus dem Hafen von Aberdeen ins offene Meer getrieben. Endlich kam Polizei und trieb die Kundgebung aus.

Ungarns Sanierung. Nach Meldungen der "Prager Presse" aus Budapest hat der ungarische Premier Graf Bethlen auf sein Ansehen an die alliierten Mächte in der Angelegenheit einer finanziellen Sanierung des Landes die Antwort erhalten, daß Ungarn so lange nicht auf eine energische Unterstützung von Seiten der Alliierten rechnen kann, als es nicht die Beziehungen zu seinen Nachbarstaaten verbessert. Zu diesem Zwecke beabsichtigt Graf Bethlen, in der nächsten Zeit Reisen nach Prag, Belgrad und Bukarest zu unternehmen.

Lokal- u. Provinzialzeitung.

Bozen, 6. April.

Antwort des Justizministers auf eine Entschließung des Mieterchuzverbandes.

Der Mieterchuzverband hatte, wie seinerzeit von uns mitgeteilt wurde, eine in verschiedenen Mieterversammlungen in Lissa, Kolmar, Wreschen, Schwerin und Posen gefasste Entschließung, in der u. a. Einstellung jeglicher Gymnitionen, Bestrafung der Hausbesitzer, die unhermäßige Abstandsumen verlangen, und sich Übergriffe gegenüber den Mietern zufüllen kommen lassen, Beschlagnahme freier Wohnungen und Räumlichkeiten, die unnötigen Zwecken dienen, usw. verlangt wurde an das Justizministerium, an den Senat, den Sejm und alle Sejmvertreterstände abgehen lassen.

In der Antwort des Justizministeriums vom 22. März d. J. ist u. a. zu lesen, daß kein Mieter verpflichtet ist, höhere Mieten zu zahlen, als durch das Mieterschutzgesetz vom 18. Dezember 1920 bestimmt ist, ohne irgendwelche Rechtsfolgen, wie z. B. Gymnition, befürchten zu müssen. Wenn der Hausbesitzer die gesetzliche Miete nicht annehmen will, dann ist es möglich, dass der Mieter, sich ein Beweismittel darüber zu verschaffen, daß er bereit war, die gesetzliche Miete zu zahlen. Was die bereits gefällten rechtsgültigen Urteile betrifft, so ist das Ministerium nicht berechtigt, ihre Durchführung zurückzuhalten. Am übrigen will es jeden vom Mieterchuzverband angeführten konkreten Einzelfall, der eine Verleugnung der geltenden Gesetze feststellen soll, prüfen und gegebenenfalls nicht zögern, die Schulden zur Verantwortung zu ziehen.

Diese Antwort des Justizministers, die in weiten Kreisen der Hausbesitzer, wie der Mieter überraschen dürfte, ist offenkundig von der Tatsache diktiert, daß das alte Mieterschutzgesetz vom 18. Dezember 1920 noch in Kraft und infolgedessen für den Justizminister bindend ist, so lange es nicht durch ein neues Mieterschutzgesetz abgelöst ist. Etwas anderes freilich ist es, ob die Durchführung des alten Mieterschutzgesetzes heute aus sozialpolitischen und wirtschaftlichen Gründen noch möglich ist. Wir müssen diese Frage aus Erwägungen der Gerechtigkeit entschieden verneinen und empfehlen im Interesse des lichen Adelens allen Mietern, den berechtigten Wünschen zeitgemäßer Mietszahlung unter allen Umständen zu entsprechen.

Wachsende Gefahren der Briefbeförderung.

Die allgemeine Beobachtung lehrt, daß mit der Steigerung der Postsätze die Gefahren der Briefbeförderung zunehmen, da das hohe Porto die Begehrlichkeit gewisser Leute zu reizen scheint. Tatsächlich bilden die in die Hunderte von Mark gehenden Poststempel der Gegenwart unehrlichen Leuten immer wieder ein neues Mittel, um Briefe verschwinden zu lassen und sich der Briefmarken zu bemächtigen. Damit wächst die Zahl der ständig verloren gezeigten Briefe ins Unzählig. Darüber sagt man in Polen und in den Kleinstädten, auf dem Lande, kurz überall; darüber sagt nun genau ebenso in Deutschland. Hüben wie drüben hört man den Stoßzusatz, daß die Sicherheit der Briefbeförderung seit dem Ende des Weltkrieges arg in die Brüche gegangen ist. Nun haben wir seit Beginn dieses Monats abermals eine nicht unbeträchtliche Erhöhung des Briefportos, und zwar des gewöhnlichen Paketbriefes von 300 auf 500 Mark, des Auslandsbriefes von 500 auf 1000 Mark erlebt. Von der sehr begründeten Befürchtung ausgehend, daß diese neuen hohen Postsätze die Sicherheit der Briefbeförderung noch mehr gefährden werden, als der bisherigen, richten wir an die Postverwaltung die dringende Bitte, durch geeignete Maßnahmen noch mehr dafür zu sorgen, daß die Zahl der vor dem gehenden Briefe auf ein Mindestmaß beschränkt wird. Mit Gewissheit ist ja vom Postamt die Beobachtung gemacht worden, daß die Postbehörde sich dessen berechtigten Klagen keineswegs verschüttet und den Diebstählen von Briefen vorzubeugen sich bemüht. Die Postverwaltung weiß recht wohl, welche Beunruhigung der Verlust von Briefen bei der Bevölkerung hervorruft. Gerade aus dieser Grunde möchten wir das Bestreben der Behörde, die erwünschte Ordnung in der Briefbeförderung herbeizuführen, unterstützen.

Ein neues Lehrbuch der polnischen Sprache.

(Eine Selbstanzeige.)

Eigentlich handelt es sich nicht um ein ganz neues Buch, sondern um eine Bearbeitung eines alten, — aber freilich um eine Bearbeitung, die ganze Teile des alten wesentlich umgestaltet und den früheren Verständnissen des Buches neue hinzugefügt hat, die nicht nur seinen äußeren Umfang vergrößern, sondern auch die Darstellung auf weiten Strecken ganz erheblich eingehender und gründlicher machen.

Als F. A. Brockhaus in Leipzig mich vor längerer Zeit aufforderte, das bekannte, in seinem Verlage erschienene „Elementarbuch der polnischen Sprache“ von Professor A. Popliński einer Neubearbeitung zu unterziehen, da war für mich, bevor ich die Aufgabe übernahm, die Hauptfrage: ob die Anlage des Buches erlaubt die Erziehung eines Teiles des Lerners durch andere Texte und zweitens die Einführung einer stark ins Einzelne gehenden Behandlung des Beiträts zulassen würde. Die Frage konnte bejaht werden, und so übernahm ich denn die Neubearbeitung um so lieber, als ich gerade mit der Sammlung und Ordnung des Materials zu einem eigenen Lehrbuch der polnischen Sprache beschäftigt war, das nun in den Popliński hineingearbeitet wurde. So entstand das jetzt eben, Ostern 1923, in den Buchhandel gekommene Buch: Professor A. Popliński. Elementarbuch der polnischen Sprache für den Schulgebrauch und zum Selbstunterricht. 71. Auflage. Vollständig neu bearbeitet von Dr. Wilhelm Voewenthal. Leipzig, F. A. Brockhaus, 1923.

Was den grammatischen Teil des Buches betrifft, so erstrebt ich, abweichen von der selbstverständlich notwendigen Zuverlässigkeit und Verständlichkeit der einzelnen Angaben, möglichste Übersichtlichkeit und möglichst leicht im Gedächtnis haftende Einteilung in Klassen und dergl. Das ist, wie mich die Erfahrung gelehrte hat, keine überflüssige Systematisierung und Schematisierung, sondern etwas, was praktisch von großer Bedeutung ist: man erleichtert dem Lernenden die Aufgabe wesentlich, wenn man zunächst wenige Hauptklassen oder -kategorien aufstellt und dann in jeder die sachlich gegebene Anzahl von Unterabteilungen. Läßt es der Stoff zu, daß in jeder Klasse die gleiche Anzahl von Unterabteilungen aufgestellt werden kann, — um so besser. Mnemotechnische Hilfsmittel sind beim Sprachenlernen und -lehren ganz zwecklos von sehr großem Wert. Und hat man so ein leicht im Gedächtnis haftendes Schema aufgeschafft, dann gilt es, das allen Klassen der behandelnden Wortart Gemeinsame Sicherheit des Lernenden werden zu lassen und dann erst zu den Regeln über die Eigentümlichkeiten der einzelnen Klassen überzugehen.

Ein Beispiel dafür: Die Behandlung der Deklination des Hauptwörter im Popliński-Voewenthal. Gegeben sind die drei Geschlechter: männlich, weiblich, sächlich. Gemeinsam sind alle Hauptwordeklinationen der Dativ der Mehrzahl auf — om, der

und nochmals den schon früher von uns gemachten Vorschlag widerholen, der unseres Erachtens dazu beitragen muß, die Sicherheit der Briefbeförderung zu gewährleisten. Wir empfehlen dazu die Abschaffung der Briefmarken, wie sie zum Beispiel seit einigen Monaten bei den Postausweisungen und Poststadtkarten eingesetzt ist, für solche Briefe, die vom Publikum an den Posthaltern abgeliefert werden. Dort muß das Porto in berücksichtigt und der Brief mit dem entsprechenden Stempel versehen werden. Wohlgemerkt: es handelt sich dabei nur um Briefe, deren Beförderung das Publikum ist durch Abgabe an den Schaltern besonders zu sichern müsste. Alle anderen können mit Briefmarken verrechnen werden. So ganz vor der Hand zu weisen ist unser Vorschlag wohl kaum, denn nach unserer Beobachtung ist die markenfreie Briefbeförderung bei verschiedenen deutschen Postämtern für gewisse Briefsorten bereits eingesetzt. hb.

Statistisches aus der Stadt Posen.

Nach den städtischen „Statistischen Mitteilungen“ für den Monat Februar sind im Februar 144 Chm geschlossen worden, davon 1 Polnische, 1 deutsche Chm und 142 polnische Chm. Es wurden 559 Kinder geboren, davon 120 uneheliche. Es starben 318 Personen, davon 171 männliche und 142 weibliche, nach der Nationalität 295 Polen, 17 Deutsche und eine Person anderer Nationalität. Verzogen sind 1278 Personen, darunter 1157 Katholiken, 64 Evangelische, 26 Judenten. Bugezogene sind 2058 Personen, und zwar 1941 Katholiken, 56 Evangelische, 28 Judenten und 28 Personen anderen Bekennens. Die Gesamtbevölkerung der Stadt Posen betrug am 28. Februar 180 679 Seelen.

Ausstand im Großen Theater.

Die auf gestern angefahrene Aufführung der Oper „Faust“ fand nicht statt. Der Sekretär des Großen Theaters, Czapski, gab dem Publikum bekannt, daß die Mitglieder des Orchesters in den Ausstand getreten seien, weshalb die Aufführung ausfallen müsse. Die Orchestermusiker sind deshalb in den Ausstand getreten, weil die Direktion die Teuerungszulagen für März noch nicht ausgezahlt hat. Bereits zweimal hatte das Orchesterpersonal mit der Einstellung seiner Tätigkeit gedroht. Schließlich versprach die Direktion die Auszahlung nach den Osterfeiertagen. Die Frist war bis Donnerstag gesetzt worden. Vor der gestrigen Aufführung erschien Bizepräsident Dr. Kiedacz und teilte mit, daß am Freitag der Theaterausschuss darüber entscheiden werde, ob man die Zulage auszahlen solle oder nicht. Anjechisch dieses Umstandes trat das Orchester zum Beischen des Protestes in den Ausstand mit der Erklärung, daß es nach der Auszahlung der Teuerungszulage sofort wieder spielen werde. Der Opernchor hatte aus demselben Grunde bereits am Mittwoch abends die Arbeit niedergelegt und bei der Aufführung der „Pique Dame“ nicht mitgewirkt.

Veröffentlichungen der deutschen wissenschaftlichen Vereine.

Im Verlage der Historischen Gesellschaft erschien soeben Heft 1 und 2 der „Deutschen wissenschaftlichen Zeitschrift für Polen“ als gemeinsame Veröffentlichung der Historischen Gesellschaft für Posen und des Deutschen Naturwissenschaftlichen Vereins für Großpolen. Heft 1 in Stärke von 90 Druckseiten bietet eine sehr interessante Aufsätze aus der Geschichte des Deutschlands in Polen. Unter anderem einen Aufsatz von Adolf Warschauer: „Aus der Geschichte des Nationalitätskampfes im 15. Jahrhundert“, Theodor Wotschke: „Von dem geistigen Leben einer Posener Kleinstadt im 17. und 18. Jahrhundert“, Manfred Laubert: „Über die Nationalität der höheren Geistlichkeit in Polen“, Adolf Eichler: „Andrespol, ein Ausschnitt aus der deutschen Ansiedelungsgeschichte in Kongresspolen“. — Heft 2, 112 Seiten, enthält den ersten Teil einer großen Landaufnahme „Das Posener Land“ (Warthe und Nevezan), Teil I. Lage, Aufbau und Entwicklung, von Hermann Schücke. Es ist die erste Lieferung eines in drei Teilen erscheinenden Werkes von etwa 400 Druckseiten, das für jeden Freund der ehemaligen Provinz Polen von grundsichtiger Bedeutung sein dürfte.

Die Zusamenarbeit der beiden genannten Vereine hat es ermöglicht, daß eine derartig umfangreiche deutsche wissenschaftliche Publication wiederum erscheint.

Von der Historischen Gesellschaft.

Die neue „Deutsche wissenschaftliche Zeitschrift für Polen“ wird den Mitgliedern der Historischen Gesellschaft mit den jetzt vierteljährlich erscheinenden „Historischen

Monatsblättern“ unentgeltlich abgegeben werden. Der Mitgliedsbeitrag ist durch Generalversammlung vom 6. Februar 1923 auf 2 Goldmark festgesetzt worden.

Die Historische Gesellschaft will ihren Sabungen nach die geschichtlichen und kulturgeographischen Verhältnisse der ehemaligen Provinz Polen in alter und neuer Zeit erforschen, ihre Geschichtsquellen sammeln und veröffentlichten und die Anteilnahme an der Volks- und Landeskunde der ehemaligen Provinz in breiteren Kreisen wecken und pflegen. Die größere ihr Mitgliederkreis ist, desto erfolgreicher wird sie ihrer Hauptaufgabe der Publikation wissenschaftlicher Forschungen zur Landesgeschichte genügen können.

Anmeldungen zum Neuerwerb zur Historischen Gesellschaft sind an die Historische Gesellschaft (Deutsche Bücherei, ul. Piwierzyniecka 1) zu richten; dorthin werden auch alle Anfragen, Beitschrift und Austauschverkehr betreffend, erbeten.

Zur Brotverförderung der Städte.

In Posen hat, der „Aseezy“ folge, in den letzten Tagen eine Konferenz von Vertretern verschiedener größerer polnischer Städte stattgefunden, in der die Versorgung der Bevölkerung mit Brot und Mehl erörtert wurde. Man kam dahin überein, daß alle interessierten Städte sich zusammenfassen sollen, um entsprechend ihrer Bevölkerungszahl vom Lebensmittelamt mit Mehl beliefert zu werden. Und zwar soll zunächst bis zum 20. April die Brotversorgung auf diese Weise sichergestellt werden. Das Mehl für diese Zeit wird in erster Linie aus dem Posener Gebiet kommen. Gleichzeitig sind Mittel und Wege erörtert worden, um den Stadtverwaltungen die Möglichkeit, Kredite aufzunehmen, zu eröffnen.

Der Ministerpräsident Sikorski wird am nächsten Dienstag in Poen eintreffen und am Mittwoch wieder nach Warschau zurückkehren.

Die Abteilung Abwanderung des Deutschen Generalkonsulats Posen verlegt, wie sie uns mitzuteilen tut, am Montag, dem 9. d. Mts., ihre Diensträume von Aleje Chopina 3a (früher Kirchbachallee) nach Waly Jagiellonne 2 (früher Karmeliterwall). Die Abteilung ist am 9. und 10. April geschlossen.

Eisenbahnverkehr. Die Posener Eisenbahndirektion teilt mit, daß der Fahrplan des Busses 726 auf der Strecke Rawitsch-Lissa, um einen Anschluß an Bus 818 an der Station Lissa zu eindringen vom 10. April dahin geändert wird, daß die Abfahrt von Rawitsch um 420 nachm. erfolgt und die Ankunft in Lissa um 510 nachm. vorgezogen ist.

Deutsche Vorlesungsveranstaltungen. Das Frühlingssemester der Vorlesungsveranstaltungen beginnt in der zweiten Aprilwoche. Am Montag, dem 9. April werden die polnischen Lehrveranstaltungen wieder aufgenommen: Vorlesungen h-6 Anänger 7-8 (Evangel. Vereinshaus). Neue Teilnehmer können sich zu Beginn der angegebenen Stunden beim Leitungsteiler melden.

Die Evangelische Frauenehle der Christuskirche feiert am Sonntag Quasimodogenit, dem 8. April, ihr Jahrestest. Die Festpredigt im Vormittagsgottesdienst hält Pastor Lic. Schneiders. Am Nachmittag 4 Uhr veranstaltet die Frauenehle in den Räumen des Gemeindehauses eine einfache Feier geistlichen Charakters, in deren Mittelpunkt ein Vortrag der Verbandssekretärin Dr. Miede steht. Die Gemeinde wird zu diesem Fest aufgerufen eingeladen.

Das Berliner Tris, Professor Georg Schumann, Professor Hck, Professor Dehert, das am Sonntag, dem 8. d. Mts., abends 8 Uhr, im großen Saale des Evangelischen Vereinshauses ein Konzert geben wird, befindet sich bereits auf einer Gastspielreise in Polen und hat an 5. vor ausverlaufenen House in Bromberg gespielt. Das hierige Konzert wird demnach bestimmt stattfinden. Eintrittskarten zum Preis von 3000 bis 6000 Mark sind im Vorverkauf in der Zigarettenhandlung A. Gunnior (Ecke St. Martinstr. und Bitterstr.) zu haben.

Vortrag Professor Dr. Buchener-München. Am Donnerstag, dem 12. d. Mts., abends 8 Uhr, wird Universitätsprofessor Dr. Buchener-München im Saale des Vereins junger Kaufleute einen Vortrag halten, und zwar über das Thema: „Ein deutsches Sängerkabinett vor 450 Jahren.“ Die Aufführungen beruhen auf der gereimten Selbstbiographie des Johannes von Soest. Sie dürfen einem lebhaften Interesse begegnen, da sie ein ausgezeichnetes Bild von den geistigen und kulturellen Zuständen im 15. Jahrhundert in Deutschland geben. Eintrittskarten zu 2000 Mark für den numerierten Platz sind im Vorverkauf in der Deutschen Bücherei, ul. Piwierzyniecka 1, zu haben. Schüler und Hörer der deutschen Vorlesungsveranstaltungen erhalten bei Ausweisung Eintrittskarten zur Hälfte des Preises.

Trauergottesdienst für den Prälaten Burskiow. Am nächsten Mittwoch findet in der Franziskanerkirche ein Trauergottesdienst statt.

einen Nichtslamen das Fremdländische — aber wohl auch interessante — in der polnischen Grammatik überhaupt. Ich habe den Versuch gemacht, diese Dinge bei aller erforderlichen Kürze so anschaulich als möglich zu machen.

In den Abschnitten des Buches, die sich auf Fragen des Sachlehre beziehen, ist das in den Vordergrund geschoben, wodurch sich der polnische Sachbau vom deutschen unterscheidet. Wann z. B. das Subjekt nicht im Nominativ steht, wann im Nebensatz die Form der Vergangenheit angewendet wird, obwohl die Handlung nicht als in der Vergangenheit stattfindend dargestellt wird, wann Genitiv, Dativ, Akkusativ anders als im Deutschen verwendet werden, welche Bedeutungen der im Deutschen überhaupt fehlende Instrumental als Sache haben kann, — das soll der Benutzer des Buches aus diesen Kapiteln lernen.

Den Schlupfparagraphen des Buches bildet ein Abschnitt, der die Überschrift „Praktisches“ trägt. Er hat mehr lexikalischen Charakter: einige Formeln des Priffsatzes werden gegeben, die wichtigsten polnischen Namen von Städten, die wir im Deutschen anders bezeichnen, Namen einiger Behörden, Ämter und öffentlicher Einrichtungen.

Der Übungsaufschaff ist gegenüber den früheren Auflagen in der Weise verändert, daß einige allzu lehrbuchmäßig fliegende Übungssätze beseitigt und zum Teil durch präzisere und den Gegenwartsverhältnissen mehr Rechnung tragende Sätze ersetzt worden sind und daß eine Anzahl zusammenhängender Lesestücke eingefügt wurde. Den Übungsaufschaff des Schlupfparagraphen bildet ein Brief, eine Kaufmännische Anzeige und ein größeres Lesestück über die wirtschaftliche Lage im ehemals preußischen Teilgebiet Polens.

Eine, wie ich hoffe, sehr nützliche Neuerung sind die Register: ein Verzeichnis der grammatisch besprochenen und in den Übungsstücken vorkommenden polnischen Worte (mit Angabe der Seitenzahl, natürlich) und ein „Bedeutungsregister“, aus dem z. B. ersehen werden kann, an welcher Stelle des Buches etwa von Diminutivierungen oder von Harben, von Absichtsfähigen, von Fragen, von Nahrungsmitteln, von Pflanzen, von Völkern, von Zeitangaben u. dgl. gesprochen wird. Diese Register werden — das war wenigstens die Absicht — das Buch auch als Nachschlagewerk verwendbar machen, und das muß, glaube ich, von einem solchen Buch unbedingt erfordert werden.

Ob die neue Bearbeitung des Elementarbuches von Popliński denjenigen, die polnisch lernen wollen, und denen, die Unterricht im Polnischen geben wollen, diese Aufgabe erleichtern wird, muß die Zukunft und die praktische Anwendung lehren. Sollte das Buch in seiner jetzigen Gestalt imstande sein, das Verständnis für die Eigenschaften der polnischen Sprache zu beben und zur Verbreitung wirklicher Kenntnis dieser Sprache unter uns Deutschen wesentlich beizutragen, dann hat der Bearbeiter erreicht, was er wollte. Und dann wird er berechtigte Kritik an Einzelheiten der Ausführung mit Dank entgegennehmen. Wilhelm Voewenthal

Die glückliche Geburt eines kräftigen
Jungen
zeigt hoherfreut an
Otto Krüger u. Frau
Erna, geb. Braun.
Posen, 5. April 1923.

Eine neue Drillmaschine,
Saxonia, norm. 1 m.
und eine neue
hebelbadmaschine, Origin. Dehne
3 m.,
beide mit Zaunangew. erdenbar,
preiswert sofort lieferbar.
Anfragen unt. T. 6453 an die Geschäftsstelle d. Blattes erb.

Gebrannte, labellos durchgesetzte, garantierter
betriebsfähige

Dampfdreschsäke
u. Industrie-Locomotiven
preiswert sofort lieferbar.
Anfragen unt. S. 6452 an die Geschäftsstelle d. Blattes erb.

Wir offerieren zur Frühjahrssaat
so lange der Vorrat reicht:
Original Swaleß Ligowower Haser
Original Swaleß Sieges-Haser
Original v. Stieglers Duppauer
Haser

samt von der Wielkopolska Izba Rolnicza als
Saatgut anerkannt

Pflanzkartoffeln:

Modrows Industrie, Original und I. Absaat.
Greiflicher Wohlmann, L.
Professor Gerlach, L.
Richters Juvel, L.
Koch v. Kamele, L.
Kameles Hindenburg, ältere Absaat.
Pernasja, L.
Deodata, I. u. weitere Absaat
samt alle anderen Sorten.

,Ziarno Siewne“
T. z o. p.,
Poznań, ul. Mickiewicza Nr. 33.
Telephon: 5273 5264.

Roterlensamen
hat abzugeben
Gutsverwaltung Koszanowo,
pow. Smigiel.

Rosen-Büsche u. Stämme
in 60 der besten Sorten. kräftige Ware
aus großen Behältern empfiehlt
Aug. Hoffmann, Baumshulen, Gniezno.

Scharfen, auf den Mann dressierten
Begleithund,
Doberman oder Schäferhund, sucht
v. Wedemeyer, Wonieśe b. Stare Bojanowo.

Ausschneiden!

Ausschneiden!

Postbestellung.

An das Postamt

Unterzeichner bestellt hiermit

1 Posener Tageblatt (Posener Warte)
für den Monat April 1923

Name
Wohnort
Postennummer
Straße

Spezial-Tuch-Geschäft S. Kornicker

jetzt Starv Rynek 93, I. Stock.

Damentuche und Kostümstoffe

in erstklassiger Qualität.

Beste und billigste Bezugsquelle.

Telephon: 2409.

Telephon: 2409.

101. Zuchtbviehauktion

der Danziger Herdbuchgesellschaft E. V.
(alle Westpreußische)

am Mittwoch, dem 18. April 1923,
vormittags 9 Uhr,
in Danzig-Langfuhr, Husarenkasernen I.

Auftrieb: 16234

150 sprungfähige Bullen,
150 hochtragende Kühe und Färse

sowie Jirka

100 Eber und Sauen der Deutschen Edel-
Schweinrasse von Auguster der Danziger
Schweinezuchtgesellschaft.

Die Ausfuhr nach Polen ist unbeschränkt.
Boll- und Grenzschwierigkeiten bestehen nicht.

Katalog verbindet auf Aufforderen kostenlos die
Geschäftsstelle, Danzig, Sandgrube 21.

**Kaue
erstklassiges, schweres Mastvieh**
und bitte um Offerte, Gattung und Gewicht.
W. Jezierski, Poznań, 16435
Telephon: 5213. ul. Fe. Ratajczaka 18.

Offreire ab meinem Lager in Iczew (Dirschau)
Steinkohlenteer
und alle übrigen Dachdeck- und
Baumaerialien
in kleinen und großen Mengen
zu konkurrenzlosen Preisen
Franz Guttmann, Iczew (Dirschau)
Telephon: 120 und 75.

Sofort zu verkaufen:
Komplette 3-Zimmer-Einrichtung
mit Küche,
Klavier, schwarz, kreuzlafitig,
30 Zentner Steinkohlen,
Moseskörbchen mit Gestell,
4 Balkonkästen,
1 Porzellan-Walzservice,
1 Spiritus-Steh' ampe,
1 einfacher Nähtisch.

Eventuell Wohnungsübernahme.
Gell. Angeb. unt. S. 6484 an die Geschäftsst. d. Bl.

**Selbständige
Inspektorstelle,**
direkt unter Beamter oder Oberbeamten, möglichst in intensiver
Wirtschaft, von Beamten durchaus zugelassener Charakter,
für bald oder 1. Juli gesucht.

Familienanschluss erwünscht. — Bei einer Gehalt einsprache.
Off. unter A. B. 6494 an die Geschäftsstelle dieses
Blattes erbeten.

Spielplan des Großen Theaters.
Freitag, den 6. 4. abends 7½ Uhr: "Hoffmanns
Erzählungen". Über von Orlenbach.
Billettverkauf im Zigarettengeschäft des Herrn Götz
im Hotel Monopol. Gf. u. Fred und Tom. Melznauski.

KINO COLOSSEUM

sw. Marcin 65.

Vom 2. bis 8. April

HARRY PEEL
Der Liebling aller Kinobesucher in seinem
neuesten Abenteuer.
Das verlorene Koffer.

Schwedische
Konversation
gesucht. Ans. u. "Schwed. 6501" an d. Gedächtnisst. d. Bl.

Polnischer
Sprachunterricht
für Fortgelehrte gesucht. Ans. u. "Schwed. 6502" an d. Gedächtnisst. d. Bl.

Nebenverdienst
auch nach außenwärts, vergütet
R. J. Schulz,
Poznań, Nowa 7.

Landwirtstodtjet
21 Jahre, musikalisch, gute
Aussteuer, wünscht, da es an
Herrschafft mitschafft fehlt. Land-
wirt oder mittleren Beamten
zwecks Heirat
lernen zu lernen.
Ersatzgemeinde Öfferten mit
Bild und Zeitschrift unter Gf.
Gf. 6485 an die Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Drahtzäune

aus verzinkt. Drahtgeflecht,
Stackeldrähte, Pfosten u.
Eisenrohr im Betonblock
sowie

Drahtgeflechte

jeder Art empfohlen
R. Matuszewski
1 Ska.,
Mech. Spezialfabrik
für Drahtzäune und
— Drahtgeflecht —
Poznań-Rataje. [5894]

Die Posener Buchdruckerei u. Verlagsanstalt
T. A., Poznań, ul. Zwierzyniecka 6, Abteilung

Verband-Buchhandlung
lieferiert jetzt direkt an die Besteller folgende
Werke und Zeitschriften:

Hohenhof, Siegfrieder des Glücks. Roman.
Büchtras, Rödinlandnot. Die Nöte und Leiden des
Rheinprovinz.

Kullmann, Elektrizität und Magnetismus.
Poec, In der See leucht. Roman.

Filek, Aquarium. Modellbogen und Anleitung zur
selbständigen Herstellung eines Aquariums
Filek, Terrarium. Leichtfachliche Anleitung zur Her-
stellung eines Terrariums.

Dr. Pulay, Stoßwechsel und Haut.
Dr. Tobias, Hydro und Thermotherapie von Inneren
und Aeronkrankheiten.

Dr. Zweig, Lehrbuch der Magen- und Darmkrankheiten.
Montglas, Ursprung und Ziel des französischen
Einbruchs in das Autogebiet.

Hoelsch, Die weltpolitische Kräfteverteilung nach dem
Pariser Friedensschluß.

Mann, Von deutscher Republik.
Baas, Einführung in die Elektrizitätslehre.
K. Imann, Die Dinte wirkt das Blut.
Die Sozialdemokratie nach der Revolution.
Sozialdemokratie und Berufstände.

Zeitschriften:
Die Woche. — Dahlem. — Velbagen und
Klausing's und Wehmann's Monatshefte.
Europäische Monatszeitung. — Für's Haus.
Deutsche Jagdzeitung. — Die Gartenlaube.
Der Bazar (Frauen-Modeblatt). — Dobachs Frauen-
und Monatszeitung. — Elegante Mode (14-täglich)
in Nummer 1500 M. freieabend nach auswärts mit
Portozuschlag.

Sämtliche Bestellungen,
auch solche von hier nicht angezeigten,
Zeitschriften und Musikalien bitten wir
direkt an uns
zu senden!

Die Posener Buchdruckerei. Verlagsanstalt
Poznań, ulica Zwierzyniecka 6

Obst- und Alleeäste, Bäume, Frucht- und
Sträucher, Rosen, Spargel, Erdbeer- u. Heckenpflanzen
sowie sämtl. Baumschulenartikel einziviert
Aug. Hoffmann, Baumshulen, Gniezno. [6511]

Auküsse u. Verkäufe

1 Ladenstück, 3,5 m
18 Schubfäden u. Ladenstücke
1 Auküsse in Glasbehältern
1 Ladenstück, 3,10 m lang
8,00 m hoch, 0,60 m
mit 18 großen Schubfäden. [6560]

1 Schweißapparat
typen, komplett
1 Lederblasebalg,
Schmiedeform.

1 Ambos m. etwas Wertge-
bund ohne Zeitung. Den-
Rohre, Füllings, Gürtel,
Kämmere für Belehr-
heizungen u. Klosett. Stein-
u. Kieselsteine.

1 Siederochstelle, 3,50 m
h. Niederdruck. [6561]

1 Schmiedeeiserne
Strone, 5 Flammen, Höhe
lich, komplett.
W. Dullin, Wollstra-

ße Berlin, trennsaitig.
Ruhbaum sehr gut erhalten
sofort zu verkaufen.
zu befrachten von 4—6 Uhr.
Aichholz, Jeżycze, Date.
Jacłowskiego 17, III.

